***Grävenwiesbach, den 7. 2. 2016***

***Sehr geehrter Herr Burger,***

anbei übersenden wir Ihnen die Antworten der FWG Grävenwiesbach zu den fünf gestellten Fragen:

1. ***Die Finanzlage der Gemeinde ist alles andere als rosig. Bitte umschreiben Sie die Lösungsansätze Ihrer Partei? Wie stehen Sie zu einer größeren Verwaltungseinheit?***

Wir versuchen schon seit Jahren die finanzielle Lage der Gemeinde zu verbessern. Aber es werden immer wieder Entscheidungen vom Bund oder vom Land getroffen, die die Gemeinden finanziell belasten.

Als besonderes Beispiel dient hierbei die Bereitstellung von Kindergartenplätzen.

Nach den neusten Zahlen wird die Gemeinde die Kindergartenplätze für 2016 mit rund 1 Mill. Euro bezuschussen, das sind rund 150.000,-- Euro mehr als 2015. Diese Erhöhung hat sich durch die Änderung des Betreuungsschlüssels – festgelegt durch das Land – und die überdurchschnittliche Tariferhöhung ergeben.

Wir haben mal in alten Haushalten nachgesehen, wie hoch der Zuschuss für die Kindergartenplätze früher war. Z. B. im Jahre 1983 DM 191.863,-- oder im Jahre 1984 DM 198.221,--.

Nur wenn das Land die Kindergartenkosten übernimmt, wie das in anderen Länder schon länger der Fall ist, und Hessen das über den Länderfinanzausgleich finanziert, sehen wird eine kurzfristige Lösung.

Da können wir sparen wo wir wollen, solche Bundes oder Landesentscheidung werfen alles wieder über den Haufen.

Langfristig geht es nur über zusätzliche Einnahmen, z.B. aus der Windkraftnutzung oder in der Umschichtung von Vermögenswerten durch die der Gemeindehaushalt mit hohen Abschreibungen belastet ist.

Weiterhin können durch neue Bestattungsangebote die Fehlbeträge der Friedhöfe gesenkt werden.

Die Gemeinden Schmitten, Weilrod und Grävenwiesbach prüfen zu Zeit eine engere Zusammenarbeit um Kosten einzussparen. Ob es nach der nächsten Landtagswahl eine neue Gebietsreform gibt, wird dann der Landtag entscheiden. Einen freiwilligen Zusammenschluss zu Lasten der Bürgernähe wird es mit uns nicht geben.

1. ***Die Asylproblematik ist trotz guter Zahlen auch für Grävenwiesbach bald wieder ein Thema. Wo sehen Sie Lösungen im Unterkunftsbereich? Welche Schritte der Integration sind wichtig? Wie stehen Sie zu sozialem Wohnungsbau?***

Sollten mehr Asylbewerber in Grävenwiesbach untergebracht werden als bisher, sehen wir Vorrangig die Übernahme von Familien, die bisher im Flüchtlingsheim untergebrach waren in freien Wohnungen in der Gemeinde.

Wichtige Schritte für die Integration sind: Der Einsatz der Mitglieder des Freundeskreises, Deutschkurse für die Erwachsenen, der Besuch des Kindergartens für Kleinkinder und für schulpflichtige Kinder der Besuch der Schulen.

Die Gemeinde ist Gesellschafter der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Hochtaunuskreis, Usingen.

Die Wohnungsbaugesellschaft besitzt viele Wohnungen in Grävenwiesbach. Wenn die Wohnungsbaugesellschaft beabsichtigt, weiter Sozialwohnungen in Grävenwiesbach zu bauen oder Projekte zu erwerben, die umgebaut werden könnten, werden wir dieses im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeinde unterstützen. Diese Wohnungen müssten aber für alle Bewerber zur Verfügung gestellt werden – nicht speziell für Asylbewerber.

1. ***Wie beurteilen Sie die Situation des Gewerbes? Welche Pläne hat Ihre Partei, den bestehenden Handel zu unterstützen und neues Gewerbe anzusiedeln?***

Wir sehen die Situation des Gewerbes in Grävenwiesbach als gut an.

Wir unterstützen die Belange der Gewerbetreibenden im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeinde.

Auch sind wir Mitglied im Gewerbeverein und unterstützen dort alle Aktivitäten des Vereines.

Die Ansiedlung von neuem Gewerbe sehen wir wegen der schlechten Verkehrsanbindung an die Autobahnen als sehr schwierig an.

Die heimischen Gewerbetreibenden werden von uns bei Erweiterungen oder Umsiedlungen innerhalb des Gemeindegebietes uneingeschränkt im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt.

Derzeit ist die Gemeinde mit einem gewerblichen Anbieter dabei, schnelles Internet in allen Ortsteilen den Gewerbetreibenden und den Bürgern anzubieten.

Die FWG unterstützt das Vorhaben, da wir uns in Grävenwiesbach von dem Hochtaunuskreis, was die Erreichbarkeit mit schnellem Internet angeht, benachteiligt fühlen.

1. ***Das Problem Bürgerhaus muss angegangen werden. Welche Lösung bevorzugen sie – Sanierung oder Neubau oder keines von beiden? Eigene Lösung?***

Die Gemeinde hat einen Antrag auf Abriss bei Hochtaunuskreis gestellt. Bis heute liegt der Gemeinde kein Bescheid vor, aber der Denkmalschutz hat sich gegen einen Abriss ausgesprochen.

Wir werden einem Umbau nur zustimmen, wenn es zu einer Lösung kommt, dass das Bürgerhaus auf allen Ebenen behindertengerecht genutzt werden kann und eine Nutzung des großen Saal ohne Durchgangsverkehr erfolgen kann.

Diese ist nur möglich, wenn ein Treppenhaus mit Aufzug angebaut wird.

Einen Umbau ohne eine zukünftig vernünftige Nutzung wird es mit uns nicht geben.

Solange es keine nutzungsfreundliche Lösung für das Bürgerhaus gibt, werden wir einem Verkauf des Ohlygeländes nicht zustimmen, damit es eine Alternative für einen Neubau dort gibt.

1. **Die Verkehrssituation ist derzeit problematisch. Wie stehen Sie zur Umgehung. Haben Sie eigene Lösungsansätze?**

Wir haben alle Aktivitäten für den Bau einer Umgehungstraße bisher unterstütz und werden das auch zukünftig tun. Da es sich hier um eine Bundesstraße handelt, sehen wir die Möglichkeiten der Gemeinde als sehr eingeschränkt an.

Wir sehen nur die Möglichkeit, hier auf die heimischen Abgeordneten im Bundestag und Landtag einzuwirken, das Anliegen der Gemeinde und der Anlieger für den Bau der Umgehungsstraße zu unterstützen.

Wir maßen uns keine eigenen Lösungsvorschläge an, da wir diese nicht erfüllen können.

Weiterhin muss aus unserer Sicht die Verkehrsanbindung der Ortsteile an die Kerngemeinde verbessert werden, auch sollte der Busverkehr zur Schule neu geregelt werden, indem das Neubaugebiet mit einbezogen wird und das Ärztehaus und die Apotheke besser mit öffentlichen Verkehrsmittel erreicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Radu

Vorsitzender der FWG Grävenwiesbach